

Hauptkurs: „Kleine Demokratien“
Themenmodul: Systeme & Strukturen
Dozent: PD Dr. Nils Bandelow
Protokoll zur Sitzung am 21.07.04
Carolin Müller-Schüll
Matrikelnr.: 1593024

Thema: Besonderheiten kleiner Demokratien? Typen kleiner Demokratien? Legitimation und Leistungsbilanzen kleiner Demokratien

Etablierte und fragile Demokratien

Laut Manfred G. Schmidt sind etablierte Demokratien Gemeinwesen, die eine fest verankerte Staatsverfassung besitzen. Die Staatsverfassungen in etablierten Demokratien sind zudem seit Jahrzehnten intakt. Etablierte Demokratien halten außerdem „Recht und Gesetz ein“ und werden den „üblichen Kriterien demokratischer Verfassung gerecht“. Im Gegensatz dazu deuten fragile Demokratien auf instabile und defizitäre Demokratieverhältnisse hin, deren Leistungsfähigkeit, laut Manfred G. Schmidt, in vielen Bereichen geringer ist als bei den etablierten Demokratien. Die Ursachen für diese unbeständigen Bedingungen sind hauptsächlich in den geringen Erfahrungen mit der demokratischen Staatsform zu suchen. Hinzu kommen wirtschaftliche und rechtliche Mängel sowie eine „schweren Erblast vom autoritären Vorgänger“, die sowohl wirtschaftlicher als auch gesellschaftlicher und ideeller Natur sein kann. Manfred G. Schmidt differenziert drei Unterformen von fragilen Demokratien. Die erste Unterform beinhaltet die Demokratien, die bestimmte Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer Religion, ihrer Bildung, ihrer Rasse, ihres Besitzes oder ihres Geschlechts von Wahlen ausschließen. Manfred G. Schmidt bezeichnet die zweite Unterform der fragilen Demokratien als „Domänendemokratie“. Für diese Form ist es charakteristisch, dass große Teile der Wirtschaft und Gesellschaft vom Militär kontrolliert werden. Die dritte und letzte Unterform nennt Schmidt die „illiberale Demokratie“, in der keinerlei gewalteinschränkende Elemente vorhanden sind und in der Verletzungen von Recht und der Verfassung auftreten.

Demokratien und Nicht-Demokratien

Ebenfalls wurde in der Sitzung über Nicht-Demokratien und Demokratien diskutiert. Der größte Unterschied zwischen den beiden Staatsformen besteht darin, dass Herrscher in Nicht-Demokratien über eine erheblich größere Machtfülle verfügen als demokratische Staatsführer. Diese Machtressourcen sind kaum oder gar nicht durch Vetospieler eingeschränkt. Machthaber in Nicht-Demokratien sichern sich ihre Machtposition hauptsächlich aufgrund ihrer militärischen Stärke. Dies hat zur Folge, dass die militärischen Ausgaben sehr hoch sind (wie z. B. im Irak unter Saddam Hussein). In Demokratien hingegen richten sich die Machtinhaber nach dem Willen des Volkes, da sie den Erhalt ihrer Macht nur durch Wiederwahl durch die Bevölkerung gewährleisten können. Demokratien sind leistungsfähiger bezüglich Menschen-, Freiheits- und Bürgerrechte sowie in den Bereichen Wirtschaft, Umweltschutz, Bildung und Soziales.

Laut Manfred G. Schmidt gibt es eine Anzahl von Faktoren, die den Bestand der Demokratie gefährden:

- geringe Wahlbeteiligung
- Mitgliederschwund in Parteien und Verbände
- fehlender Minderheitenschutz
- disproportionaler Wahlrecht
- links- und rechtsextreme Parteien
- Schrumpfung politischer Handlungsräume auf nationaler Ebene
- mangelnde Möglichkeit auf Fehler zu reagieren

Vergleichende Betrachtung der Legitimation und Leistungsfähigkeit kleiner westlicher Demokratien (Belgien, Niederlande, Österreich, Dänemark und Irland)

Eine vergleichende Analyse der Legitimation und Leistungsfähigkeit politischer Systeme ist methodisch problematisch, da sie erstens von der normativen Fassung der Begriffe abhängig ist (beispielsweise also von der Frage, was als „Leistung“ zählen soll) und zweitens die verfügbaren Indikatoren nicht allein von den politischen Systemen abhängen, sondern auch von anderen Faktoren (etwa von den natürlichen Ressourcen eines Landes und der Zusammensetzung der Bevölkerung). Verfügbare Indikatoren zur Legitimation der politischen Systeme der EU-Mitgliedstaaten bietet unter anderem das Eurobarometer der Europäischen Kommission, das Umfragedaten zum Vertrauen der Bevölkerung zu verschiedenen politischen Institutionen bereitstellt. Weitere verfügbare Daten, die möglicherweise Hinweise auf die Legitimation bieten, liefern die Mitgliedschaftsentwicklungen in Parteien und Verbänden sowie die Wahlbeteiligung und die Unterstützung der systemtragenden Parteien bei Wahlen.

Die Leistungsfähigkeit politischer Systeme kann auf verschiedene Politikfelder bezogen und über eine Vielzahl von Indikatoren operationalisiert werden. In der Umweltpolitik ließe sich beispielsweise die Verschmutzung von Gewässern und Luft messen, in der Beschäftigungspolitik bieten Arbeitslosendaten, Wirtschaftswachstum oder Staatsverschuldung mögliche Hinweise. In der Sozialpolitik ließe sich die Einkommens- und Vermögensverteilung und der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen unterhalb einer zu definierenden Armutsgrenze als Indikator verwenden. Einzelne der genannten Indikatoren lassen sich gleichzeitig auf die Leistungsfähigkeit und die Legitimation beziehen: So spricht etwa eine hohe Staatsverschuldung möglicherweise dafür, dass eine Politik zu Lasten zukünftiger Generationen oder der nichtvermögenden Bevölkerungsschichten gemacht wird. Dies kann auf eine eingeschränkte Legitimation hinweisen oder diese zumindest bewirken.

Laut des Eurobarometers der Europäischen Kommission ist das Vertrauen in die Behörden in Österreich (65 %) am stärksten ausgeprägt. Aber auch Iren, Niederländer, Luxemburger und Dänen vertrauen zu einem großen Maße ihren Behörden. Das geringste Vertrauen in die Behörden besitzen die Belgier (37 %) und die Italiener (27 %). Das Vertrauen in das Parlament sowie in die Regierung ist ebenfalls in den Niederlanden und in Luxemburg am größten und am geringsten in Belgien und Italien. Politische Parteien genießen in fast allen EU-Mitgliedsstaaten sehr geringes Vertrauen. Innerhalb der Europäischen Union sind Luxemburg (83 %), Dänemark (81 %), die Niederlande (78 %) und Irland (74 %) am zufriedensten mit der Demokratie im eigenen Land. Belgien und Italien bilden auch hier wieder das Schlusslicht. Belgien hat zusätzlich eine hohe Staatsverschuldung. Irland weist eine geringe Verschuldung auf.

1991 lag die Parteimitgliedschaft aller Wahlberechtigten in Belgien und in Luxemburg bei 10 %. In den Niederlande (7 %), Dänemark (8%) und Irland (5 %) sind weniger Bürger Parteimitglieder. Spanien (2 %) und Frankreich (3 %) haben den geringsten Anteil an Parteimitgliedern. Die gewerkschaftliche Organisationsdichte ist innerhalb der EU in Dänemark mit ca. 82 % mit am höchsten. Die Niederländer haben eine gewerkschaftliche Organisationsdichte von nur 29 %.

Die positiven Ergebnisse aus Luxemburg, den Niederlande und Irland kann man sich durch die zum Teil sehr guten Wirtschaftsleistungen der Länder erklären und die daraus folgende Zufriedenheit der Bevölkerung. In Belgien lassen sich die negativen Umfragewerte durch die schlechteren wirtschaftlichen Verhältnisse erklären sowie durch einige Skandale im Rechtswesen.

Fazit

Die betrachteten Daten lassen sich als Hinweis darauf sehen, dass die Legitimation durch die Bevölkerung in Österreich, der Schweiz und den Niederlanden sehr hoch zu sein scheint. In Dänemark und Irland fällt die Legitimation zwar geringer aus, bewegt sich aber immer noch im positiven Bereich. In Belgien bestehen hingegen Legitimationsprobleme. Dieses Ergebnis muss aber nicht nur am politischen System liegen, sondern kann auch mit der ethnischen Gespaltenheit der Belgier zu tun haben. Trotz dieser Ausgangslage hat es Belgien geschafft, verschiedene Völker friedlich in ein politisches System zu integrieren. Die politische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist in der Schweiz, Österreich, den Niederlanden, Dänemark und Irland hoch, dagegen fällt sie in Belgien eher schwach aus.